

Meldungen des Monats

Schlechte Nachrichten

Am 5. Dezember wurde in Kalar in der **Autonomen Region Kurdistan im Nordirak** der Journalist Kawa Gernyani von Auftragsmördern erschossen. Der Herausgeber des Magazins *Royal* war ein bekannter investigativer Reporter, der viele Fälle von Korruption und Nepotismus innerhalb des Staatsapparats der Kurdenregion aufgedeckt hatte. Gernyani war schon seit Jahren bedroht worden und hatte deshalb um Personenschutz ersucht, der ihm verweigert wurde. Zwei Tage vor dem Mord hatte eine Versammlung von Journalisten und Vertretern der Zivilgesellschaft in Sulaimaniyyah die staatlichen Behörden aufgefordert, die Presse- und Medienfreiheit gesetzlich zu schützen. Gernyani ist der dritte Journalist, der in den letzten

REPORTER OHNE GRENZEN

FÜR INFORMATIONSFREIHEIT

fünf Jahren wegen kritischer Berichte umgebracht wurde. In den ersten beiden Mordfällen haben die Behörden niemals eine ernsthafte Untersuchung in die Wege geleitet.

In der **Ukraine** wurden bei den Pro-EU-Demonstrationen in Kiew seit dem 29. November mindestens 45 Journalisten verletzt, darunter Fotografen der Nachrichtenagenturen Reuters und AFP und ein Tontechniker der ARD. Die meisten Opfer waren jedoch Korrespondenten ukrainischer und russischer Medien, die unter anderem mit Schlagstöcken, Tränengas und Blendgranaten angegriffen wurden. Die massive Gewalt gegen Journalisten ging meist von Polizisten der Spezialeinheit „Berkut“ aus, in einigen Fällen auch von verummten Provokateuren unklarer Identität. Die meisten Opfer der Attacken waren eindeutig als Journalisten erkennbar.

In **Kolumbien** wurden der Journalist Deisy Rodríguez Lagos und der italienische Filmemacher Bruno Federico beschossen. Als sie angegriffen wurden, interviewten die beiden gerade für ihren Dokumentarfilm ein paar Kleinbauern, die kurz zuvor von einem Großgrundbesitzer von ihrem Land in der nördlichen Provinz Cesar vertrieben worden waren. Die Bauern identifizierten die Angreifer als Bodyguards des Großgrundbesitzers Juan Manuel Fernández de Castro, der seine Palmölplantagen systematisch durch Landraub vergrößert.

In **Pakistan** wurde am 2. Dezember die Zentrale der *Express-Media*-Gruppe in Karatschi angegriffen. Vier Männer auf Motorrädern warfen improvisierte Bomben auf das Gebäude und nahmen es danach fünfzehn Minuten lang unter Beschuss. Bei dem Angriff wurden zwei Wachleute verletzt. Obwohl die Zentrale des Unternehmens, das drei Zeitungen verlegt und einen TV-Sender betreibt, nach Drohungen von islamistischer Seite im August schon einmal attackiert worden war, hatte die Polizei ihre Schutzvorkehrungen zwei Wochen vor dem Anschlag wieder eingestellt.



Viele haben auch nur den schlichten Wunsch, einmal andere Ecken der Welt kennenzulernen ullstein

Die Reisefreiheit der anderen

Wie beantragt man eigentlich in Gambia ein Visum für den Schengenraum?

von Paolo Gaibazzi

Bei dem Begriff „undokumentierte Migration“ denkt man automatisch an Menschen, die in europäischen Ländern leben und üblicherweise mit dem bedenklichen Ausdruck „illegale“ oder „irreguläre“ Migranten belegt werden (in Frankreich nennt man sie *sans-papiers*).

Aber natürlich denken wir bei dem Wort unwillkürlich auch an Tragödien wie die vom 3. Oktober: den Untergang eines überfüllten Boots voller Flüchtlinge vor Lampedusa, bei dem mindestens 359 Afrikaner den Tod fanden. Die meisten von ihnen stammten aus Somalia und Eritrea und wollten in Europa politisches Asyl beantragen – wie die vielen anderen, die eine derart gefährliche Überfahrt riskieren, weil ihnen das Recht auf legale Einreise in die Europäische Union, und damit auf ein sicheres Transportmittel, verwehrt wird.

Aber ich will hier weder die schrecklichen Bilder dieser Tragödien abrufen noch auf die heftigen politischen Kontroversen eingehen, die solche Ereignisse immer wieder zur Folge haben. Hier geht es vielmehr um andere „undokumentierte“ Personen, die man „sans-visa“ nennen könnte: Menschen also, die sich nicht an den bewachten Eingangstoren Europas drängen, sondern in ihrer westafrikanischen Heimat direkt um ein Visum ersuchen. Wie schwer es ist, ein Visum für ein Schengenland (aber auch die anderen EU-Staaten) zu bekommen, zeigt sich ja bereits darin, dass es in Europa so viele „undokumentierte“ Migranten gibt.¹

Aber was Menschen tatsächlich erleben, wenn sie sich – meist vergeblich – um ein Schengenvisum bemühen, bleibt diesseits der europäisch-afrikanischen Grenzen weitgehend undokumentiert. Wir erfahren darüber bestenfalls durch persönliche Berichte von Bekannten, Partnern oder Kollegen, die sich erfolgreich durch das Labyrinth des Antragsverfahrens für ein Visum gekämpft haben. In Westafrika dagegen sind solche Geschichten – mit ihrem zumeist ungenuten Ende – völlig alltäglich.

In vielen westafrikanischen Regionen und nicht nur dort bedeutet ein Visum nicht nur ein Recht auf grenzüberschreitendes Reisen, sondern auch den Zugang zu einem künftigen Leben in Würde. Um nicht in Verallgemeinerungen zu verfallen, erzähle ich hier von

den Verhältnissen in Gambia, wo ich mich aufgrund meiner Forschungsarbeit am besten auskenne.

Gambia hat drei schwierige Jahrzehnte hinter sich, geprägt von harten Sparmaßnahmen, einer extrem unentwickelten Wirtschaftsentwicklung, dem Niedergang der Landwirtschaft und verschärfter politischer Repression. Deshalb betrachten immer mehr junge Leute die Auswanderung in ein anderes afrikanisches Land oder, noch besser, auf einen anderen Kontinent als Ausweg aus der Sackgasse, in der sie in vielerlei Hinsicht stecken. Zum Beispiel weil sie keine Schul- oder Studiengebühren zahlen können oder nicht genug Geld zum Heiraten haben oder notleidende Verwandte unterstützen müssen.

Aber Geld ist natürlich nicht das einzige Motiv. Es gibt auch junge Leute ohne akute finanzielle Probleme, die einfach im Ausland studieren wollen. Viele haben auch nur den schlichten Wunsch, andere Ecken der Welt kennenzulernen. Wieder andere wollen ihren Vätern oder Brüdern nacheifern, die von zu Hause aufgebrochen sind, um ihr Glück – oder neues Wissen und andere Erfahrungen – im Ausland zu suchen.

Kurzum: In ganz Westafrika gelten Reisen und Ortswechsel als ganz normale oder gar selbstverständliche Etappen im Leben eines Menschen. Dabei gab es in jeder historischen Phase ein besonders begehrtes Migrationsziel, ohne dass man die betreffenden Orte oder Länder je zu einem Dorado erklärt hätte. Das gilt auch für das Ziel Europa, das auf die im Gambia-Tal lebenden Menschen eine erhebliche Faszination ausübt, oder besser: ausgeübt hat.

Um es klar zu sagen: Es gibt sie nicht, die Millionen Afrikaner, die sich anschicken, in Europa einzufallen, wie Roberto Maroni, der ehemalige italienische Innenminister und heutige Chef der Lega Nord, fantasiert hat – vielleicht nachdem er eine Nacht lang Science-Fiction-Filme gesehen hatte. Wie bei jeder wichtigen Entscheidung eines Individuums wirken auch beim Entschluss, auszuwandern und ein Visum zu beantragen, viele teils geplante, teils ungeplante Einzelfaktoren zusammen. Allerdings gibt es nicht viele Gambier, die sich die Chance, ein Schengenvisum zu erlangen, entgehen lassen würden; und sei es nur, um sich in Europa umzu-

sehen, bevor sie entscheiden, ob sie dort bleiben oder zurückkehren wollen. Viele ganz normale Jugendliche wollen diese Chance einfach deshalb, weil sie den Traum von einem künftigen Leben haben, das nicht so hart und unberechenbar ist wie das ihre im Dorf oder in der Stadt.

Dass für junger Afrikaner auf dem Weg nach Europa der Status von „Illegalen“ eine furchtbare Last ist, wissen EU-Politiker sehr genau. Trotz der symbolträchtigen Bilder vollgestopfter Flüchtlingsboote, die die europäische Abschottungsstrategie untermauern, fallen die meisten illegalen MigrantInnen der EU unter eine andere Kategorie: Sie sind zunächst auf legalem Wege eingereist, haben dann aber ihre Aufenthaltsdauer überzogen oder ihr Aufenthaltsrecht aus anderen Gründen verloren. Auf diese Entwicklung haben die Schengenstaaten seit den 1990er Jahren mit zwei Maßnahmen reagiert: Zum einen schränken sie die Visavergabe noch weiter ein, zum anderen entwickelten sie ein raffiniertes Kontrollsystem, um „verdächtige“ Antragsteller – in der Bürokratensprache: Personen mit „hohem Risiko illegaler Migration“ – besser identifizieren zu können.

Macht und Misstrauen der Konsularbeamten

Heute stehen die meisten afrikanischen Staaten auf einer schwarzen Liste, was bedeutet, dass ihre Bürger für die Einreise in den Schengenraum nicht nur ein Visum benötigen, sondern bei einem Antrag selbst auf ein kurzzeitiges Besuchervisum eine ganze Reihe zusätzlicher Dokumente und finanzieller Garantien einreichen müssen. Unter anderem müssen sie den Zweck der Reise belegen und nachweisen, dass sie für ihr Gastland kein finanzielles oder anderweitiges Risiko darstellen. Und vor allem müssen sie belegen, dass sie die Absicht haben, nach Ablauf der gewährten Aufenthaltsfrist wieder in ihr Land zurückzukehren.

Das alles sind keineswegs nur Formalitäten. Bei der Entscheidung über die Erteilung von Visa haben die zuständigen Konsularbeamten einen beträchtlichen Ermessensspielraum. Und in aller Regel sind die Interviews mit den Antragstellern von grundsätzlichem

Misstrauen geprägt, wobei die Beamten darauf aus sind, betrügerische Angaben in den eingereichten Dokumenten und Widersprüche in der Darlegung der Reisegründe aufzudecken. Das Visum kann jederzeit ohne Angabe von Gründen verweigert werden. Kurz: Die ganze langwierige bürokratische Prozedur fungiert als wirtschaftlicher, politischer und kultureller Filter.

Die Vergabe von Visa – nicht nur für den Schengenraum – ist ein so kostspieliges und so intransparentes Verfahren, dass jüngere, weniger gebildete und ärmere Antragsteller, die wenig Erfahrung mit modernen Bürokratien besitzen – also die, die im Schengen-Abschottungsjargon ein „hohes Risiko“ darstellen –, kaum eine Chance haben, sich das Recht auf Reisen zu verschaffen oder auch nur einen entsprechenden Antrag zu stellen. Es ist offensichtlich, dass die große Mehrheit derjenigen, die vorübergehend oder endgültig nach Europa gelangen wollen, es nicht einmal bis zur Abgabe eines Visumantrags bringen.

Würden wir unsere Analyse auf diese bürokratische Ebene beschränken, wäre die Geschichte der *sans-papiers* nur eine von vielen, aus denen die globale Ungleichheit zusammengesetzt ist. In einer Welt, in der ständig von „freien Märkten“ die Rede ist und alles getan wird, um den freien Kapital- und Warenverkehr zu beschleunigen, werden große Teile der Bevölkerung des sogenannten globalen Südens daran gehindert, sich frei in der Welt zu bewegen. Und wenn sie es ohne amtliche Genehmigung doch tun, werden sie hart bestraft.²

Diese Janusköpfigkeit des neoliberalen Systems ist mehr als ein schockierendes Paradox. Sie ist vielmehr eine zentrale Bedingung für sein Funktionieren – und für die Wahrung der damit verbundenen Privilegien. Europa ist also – trotz des ökonomischen Absturzes und der politischen Stagnation – weiterhin auf dem besten Weg zu einer „gated community“, die immer mehr Gelder in die Verstärkung ihrer Grenzen investiert.³

Aber Visa sind nicht nur ein Sinnbild für die Geopolitik der Mobilität, die sich durch extreme Ungleichheit auszeichnet. In Westafrika haben sie für die Gesamtgesellschaft eine viel umfassendere Bedeutung. Angesichts der Verga-

ANZEIGE



Ein Fürst vor dem Ruin verbindet das Angenehme mit dem Aufregenden

Hermann von Pückler-Muskau: Semilasso in Afrika
Eine Reise durch Nordafrika im Jahr 1835

»Pückler vertritt wie neben ihm nur noch Goethe die kosmopolitische Tendenz deutscher Kultur und Literatur.« (Heinz Ohff)

ISBN 978-3-941924-03-1, 736 Seiten, Leinen. Im Originalumfang der sechsbändigen Erstausgabe von 1836, mit allen Abb., Register und vielen Erläuterungen. 49 € (D). www.verlag-der-pioniere.de



Eine Mittelmeerunion für die Bildung

Überall auf unserem Kontinent wächst das Bedürfnis, sich gegen die Welt abzusichern, um den eigenen Wohlstand zu verteidigen. Artikuliert wird dieses Gefühl vom Front National in Frankreich, von Fidesz in Ungarn oder von der Lega Nord in Italien: Dabei spielt die Wirtschaftskrise den rechten Populisten aller Länder kräftig in die Karten. Italiens Ministerpräsident Enrico Letta, und nicht nur er, befürchtet, dass nach den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014 erstmals mehr Europa-Gegner als -Befürworter das „europäische Volk“ repräsentieren werden.

Statt diesem Schreckensszenario mit neuen Ideen, wegweisenden Europa-Programmen und solidarischer Kooperation zu begegnen, ducken sich die bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen weg: Sie wollen sich auf keinen Fall dem Vorwurf einer zu laxen Einwanderungspolitik aussetzen. Das zeigt unter anderem die beschämende Reaktion des deutschen Innenministers auf die Tragödie von Lampedusa. Und die deutschen Sozialdemokraten, die in diesen für Europa schwierigen Tagen eine wichtige Rolle spielen könnten, haben inzwischen einen Koalitionsvertrag unterschrieben, der die alte Asylpolitik in den wichtigsten Punkten – samt ihrem Herzstück, der Dublin-II-Verordnung – voll bestätigt.

Diese Haltung der demokratischen Mitte ist feige und kurzsichtig. Europa hat nur eine Chance, Prosperität und Zukunft zu sichern, wenn es sich weltoffen gestaltet, den Austausch sucht und endlich eine koordinierte und solidarische Einwanderungspolitik entwirft.

Die italienische Insel Lampedusa ist zum traurigen Symbol einer EU-offiziellen Politik der Grenzsicherung geworden. Doch der Tod Hunderter von Bootsflüchtlingen sollte uns zwingen, Sinn und Funktion von Demarkationslinien in einer sich rasant wandelnden Welt grundsätzlich zu überdenken. Es gilt heute, an die engen Bezüge zu erinnern, die Europa mit dem Mittelmeer verbinden, das schon längst nicht mehr als offener Raum der Aufnahme und der Begegnung gesehen wird.

Während das internationale Kapital mit größter Freiheit zirkuliert, gilt die gleiche Freiheit nicht für Personen. Diese Exklusion ist unhaltbar für die europäischen Gesellschaften, die sich ihrem eigenen Anspruch, für soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte einzustehen, verpflichtet sehen sollten. Daher sollte die Demokratie in Europa und an allen Küsten des Mittelmeers gestärkt werden. Das bedarf zuallererst einer breit geführten gesellschaftlichen Debatte über Institutionen und Migrationspolitiken.

Anstatt nur auf die militärische Verteidigung des europäischen Territoriums zu setzen und die Praktiken der Kontrolle und der Abweisung noch zu verstärken, ist es dringend geboten, eine Politik der Öffnung und des Austauschs in konkrete Maßnahmen zu übersetzen.

Zuallererst muss Europa sicherlich weit mehr Geld als bisher bereitstellen, um eine humane Aufnahme der Menschen zu gewährleisten, die vor materieller Not und politischer Verfolgung im Süden des Südens fliehen. Doch auf längere Sicht ist das angstbesetzte Grenzregime im Mittelmeer nur dadurch zu überwinden, dass Mobilität und Begegnungen mit den nordafrikanischen Gesellschaften innerhalb der Europäischen Union institutionell verankert und durch praktische Initiativen gefördert werden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat Europa positive Erfahrungen nicht nur gemacht, sondern organisiert – zum Beispiel mit dem kulturellen Austausch zwischen Deutschland und Frankreich, zwei Länder, die zuvor durch eine militärische und intellektuelle Maginot-Linie getrennt waren. Mit Hinweis auf dieses erfolgreiche Modell hat das internationale Forschernetzwerk „Transmed! Denken der Méditerranée und europäisches Bewusstsein“ in einem offenen Brief an die Bundeskanzlerin, den französischen Ministerpräsidenten sowie an Entscheidungsträger der europäischen Institutionen eine neue Jugend- und bildungspolitische Initiative gefordert.¹ Dabei wird konkret angeregt, das Erasmus-Programm zur Förderung der Mobilität von Studierenden auf alle Anrainerstaaten des Mittelmeers entscheidend auszudehnen und ein transmediterranes Jugendwerk zu gründen.²

Diese Programme würden ein zum Mittelmeer hin geöffnetes Europa gestalten, das auf eine kontinuierliche Stärkung der Zivilgesellschaften setzt, statt teure Frontex-Drohnenflüge entlang der EU-Außengrenze im Mittelmeer zu finanzieren.

**Franck Hofmann
Markus Messling**

¹ Transmed organisiert die Kooperationen von Forschern aus Ägypten, Deutschland, Frankreich, Italien, Portugal, Tunesien und der Türkei.

² Dazu könnte man Gelder aus der Erbmasse der Mittelmeerunion nutzen, die mit den autokratischen arabischen Regierungen ausgehandelt wurde.

Franck Hofmann und Markus Messling sind Sprecher des Forschernetzwerks „Transmed! Pensée méditerranéenne et conscience européenne“, das vom Deutsch-französischen Jugendwerk unterstützt wird.

© Le Monde diplomatique, Berlin

ANZEIGE

Reisen zu Geschichte, Literatur und Gesellschaft Mit den Spezialisten für Mittel- und Osteuropa nach

**Lemberg • Czernowitz • Transkarpatien • Odessa • Podolien • Kiew
Krim • Estland • Europäische Kulturhauptstadt Riga • Litauen
Weißrussland • Königsberg • Wolgograd • St. Petersburg
Krakau • Danzig • Lublin • Rumänien • Republik Moldau
Albanien • Serbien • Bulgarien • Mazedonien
Bosnien-Herzegowina • Armenien • Georgien
Aserbaidschan • Usbekistan
New York**



**Katalog 2014 kostenlos von
Ex Oriente Lux Reisen
Neue Grünstr. 38, 10179 Berlin
Tel.: 030/62 90 82 05
Fax: 030/62 90 82 09
www.eol-reisen.de, info@eol-reisen.de**

Historisch • Literarisch • Aktuell

scher und politischer Unsicherheit – durch ein starkes Grundgefühl von Autorität und Solidarität zusammengehalten werden. In einer Familie, von der einzelne Mitglieder schon seit ein, zwei Generationen im Ausland leben, sind die Chancen ganz gut (vor allem für einen jungen Mann), dass einer der emigrierten Verwandten die Einreise in das betreffende Land unterstützt.

Diese Hilfe gibt es aber nicht umsonst. Ein junger Mann, der sie anfordert, ist den Regeln und Hierarchien der erweiterten Familie noch stärker unterworfen. Er muss sich als gehorsamer Sohn und jüngerer Bruder erweisen und seine Fähigkeiten zeigen, zum Unterhalt der gesamten Familie beizutragen – was unter den ökonomischen Bedingungen Gambias schwierig ist.

Hilfe und Druck von der Familie

Hinzu kommt, dass in jeder Familie viele Bewerber um den Migrationsauftrag konkurrieren. Das führt häufig zu offenen oder verdeckten Konflikten zwischen den einzelnen Zweigen eines erweiterten Familienverbands, die jeweils ihren Kandidaten „durchbringen“ wollen. In Gambia ist die Klage, dass ein Migrationskandidat von dieser oder jener Fraktion der Familie im Stich gelassen oder vernachlässigt wurde, nachgerade zum Leitmotiv von Familienfehden geworden.

Damit geraten junge Leute, die sich um ein Visum bemühen, oft in die Zwickmühle. Einerseits müssen sie sich gegenüber ihrer erweiterten Familie als gehorsam und zielstrebig darstellen, damit sie nicht ihren guten Ruf und damit die Chance auf Beistand verspielen. Andererseits können sie nie ganz sicher sein, ob sich die Verwandten tatsächlich für ihre Sache einsetzen. Die Verwandten sagen ihnen, Visa und all die anderen Dokumente seien nun einmal nicht so leicht zu beschaffen. Die jungen Leute wissen natürlich, dass das Bewilligungsverfahren höchst komplex und ein Erfolg im Grunde unberechenbar ist. Aber da sie Freunde und Familienmitglieder kennen, die es zu einem Visum gebracht haben, fragen sie sich ständig, ob die Verwandten sich ehrlich für sie bemühen oder ob sie nicht vielleicht ein doppeltes Spiel treiben.

Anders formuliert: Das Visum vermittelt also eine Beziehung nicht nur zwischen dem Migranten und dem um Einreise ersuchten Staat, sondern auch zwischen dem Migranten und dessen Verwandten und Freunden. Und da die meisten der jungen Leute, die ein Visum erlangen wollen, es nicht einmal bis zur Antragsabgabe schaffen, verwundert es kaum, dass die meisten verheirateten Migranten ihre Frustration gegen die Verwandtschaft richten – und nicht gegen das Konsulatspersonal oder die Institutionen und Politiker, die für das herrschende Mobilitätsregime verantwortlich sind.

Auf diese Weise werden die rechtlichen und politischen Mechanismen, die der ungleichen Verteilung des Rechts auf freies Reisen zugrunde liegen, unsichtbar: Paradoxe- und perverse Weise werden sie mit Problemen und Konflikten in den persönlichen Beziehungen der Visumbewerber verwoben und können im Extremfall das Verhältnis zwischen nahen Verwandten vergiften. Dies sind die tatsächlich „undokumentierten“ Nöte der Menschen ohne Papiere in Westafrika, von denen die europäische Öffentlichkeit nichts weiß und nichts hören will.

¹ Die Entwicklung zum „Schengenraum“ und die Strategie der EU, „undokumentierte Migranten“ von Europa fernzuhalten, beschreibt Bernd Kasper: „Von Schengen nach Lampedusa, Ceuta und Piräus – Grenzpolitiken der Europäischen Union“, in: „Europas Grenzen“, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 47/2013, herausgegeben von der Bundeszentrale für Politische Bildung.

² Zu diesem „Grundwiderspruch der Globalisierungslehre“, dass grenzenlose Mobilität für Waren und Geld, nicht aber für menschliche Arbeitskraft gilt, siehe Niels Kadritzke, „Migrationsblockaden und Kapitalströme“, *Le Monde diplomatique*, September 2002.

³ Siehe Henk van Houtum und Roos Pijpers, „The European Union as a Gated Community: The Two-faced Border and Immigration Regime of the EU“, in: *Antipode*, 39(2), 2007, S. 291–309.

Aus dem Englischen von Niels Kadritzke

Paolo Gaibazzi ist Forscher am Zentrum für den Modernen Orient, Berlin. Der vorliegende Beitrag basiert auf einem Vortrag, den Paolo Gaibazzi im Rahmen der öffentlichen Ringvorlesung „Afrika: Identität der nächsten Generation“ am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin gehalten hat. Das komplette Programm: www.osi-club.de/Afrika.

© Paolo Gaibazzi; für die deutsche Übersetzung *Le Monde diplomatique*, Berlin